

Zehn Jahre im Deutschen Bundestag — viel erreicht, viel zu tun

Rechenschaftsbericht 2005-2008

Liebe Genossinnen,
liebe Genossen,

mein dritter Rechenschaftsbericht ist gleichzeitig ein kleines Jubiläum: Es ist erst wenige Wochen her, dass ich meine zehnjährige Mitgliedschaft im Deutschen Bundestag mit einer politischen Matinée mit vielen von euch in der Nürtinger See-grasspinnerei feiern konnte.

Nicht nur ich blicke auf zehn Jahre im Deutschen Bundestag zurück, wir alle können auf zehn Jahre Regierungsverantwortung der deutschen Sozialdemokratie zurück schauen — und das ganz klar mit Stolz. Wir haben in diesen Jahren viel erreicht und wo immer ich meinen Teil dazu beitragen konnte, habe ich ihn geleistet. Dabei sehe ich nach wie vor die Kommunikation und Vermittlung bundespolitischer Entscheidungen hier vor Ort gegenüber Bürgern, Kommunen und Unternehmen einerseits und ihre Anliegen gegenüber den verantwortlichen Politikern in Berlin andererseits als eine meiner wichtigen Aufgaben an.

Dafür habe ich viele Aktionen und Veranstaltungen im Wahlkreis durchgeführt. Eine Übersicht aus den letzten drei Jahren, die freilich nur eine Auswahl darstellen kann, habe ich euch auf den folgenden Seiten zusammengestellt.

Die Arbeit eines Bundestagsabgeordneten ist vielfältig und umfangreich, nicht jeder Bereich kann an dieser Stelle erwähnt werden und manche „Kleinigkeit“ mag aus Platzgründen nicht aufgeführt sein, doch ist sie nicht weniger wichtig. Gerade diese Vielfalt und die Chance Menschen zu helfen, sind es, die mich an meiner Arbeit so reizen. Es gibt jeden Tag neue Aufgaben und neue Herausforderungen, die es zu bewältigen gibt und die mir neue Erfahrungen geben.

Wir haben die letzten Jahren erfolgreich politisch gestaltet, doch wenn wir nach vorne blicken, wissen wir, nicht minder wenig gibt es zu tun. Ich möchte gerne mit meinem Engagement und meiner Kraft dazu beitragen und für euch und unseren Wahlkreis weiterhin in Berlin eintreten.

Seid herzlich begrüßt

euer



Inhalt

Unsere Chance.....2

Arbeit im Wahlkreis

Aktionen und Veranstaltungen:

Arbeit und Soziales.....3
Klima und Umwelt.....5
Gesundheit.....6
Sicherheit.....7
Bildung und Forschung.....8
Finanzen.....9
Familie.....10
aus der Parteiarbeit.....10

für Bürger und Kommunen.....11

Statistik.....12

Arbeit in Berlin

Sicherheitspolitik.....13
Besuchergruppen.....16



Kontakt

Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Tel. 030 / 22774706, E-Mail: rainer.arnold@bundestag.de
Gerberstr. 4, 72622 Nürtingen, Tel. 07022/211920, E-Mail: rainer.arnold@wk.bundestag.de

„Meine Partei hat zu sehr rückwärts diskutiert“

Rainer Arnold gehört seit zehn Jahren dem Bundestag an – Erneute Kandidatur für 2009 angekündigt

Filder. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Rainer Arnold hat die Lehrjahre in der Bundespolitik längst hinter sich. Vor zehn Jahren zog er erstmals ins Parlament ein. Als verteidigungspolitischer Sprecher seiner Fraktion ist er heute bundesweit ein gefragter Gesprächspartner.

Herr Arnold, Ihre bundespolitische Karriere hat 1998 mit einer Zitterpartie begonnen. Tadel war unklar, wer in den Bundestag einzieht – Sie oder ein Kollege. Gab's für Sie jemals wieder ein solches Wechselbad der Gefühle?

Nein, das habe ich wirklich nur einmal erlebt. Es war ja damals bereits mein dritter Anlauf als Bundestagskandidat. Und dann ging's um ein paar Stimmen hin und her. Das hat unter dem Strich aber auch meine Arbeit geprägt, denn das Mandat habe ich nun wirklich nicht auf dem silbernen Tablett serviert bekommen. Insofern ist es für mich etwas ganz Besonderes, dass ich diese Arbeit in Berlin leisten darf.

Sie waren noch ein Jahr in Bonn als Abgeordneter tätig und sind seitdem in Berlin. Gab es bei Ihnen Wehmut wegen des Umzugs?

Ich bin in Bonn nie heimisch geworden in dem ersten Jahr. Das war ein Hotelleben, das mir nach sechs Monaten bereits gründlich zum Hals rausging. Ich muss sagen: Die Entscheidung, nach Berlin zu gehen mit dem Bundestag, war absolut richtig. Berlin ist eine spannende, tolle, kulturelle, weltweit führende Stadt.

Wie lang braucht man als Neuling, um auf diesem Parkett Fuß zu fassen?

Eine Legislaturperiode ist notwendig, um seinen Platz zu finden, zumal, wenn es so ist wie bei mir, dass man mit der Verteidigungspolitik ein Aufgabengebiet zugeteilt bekommt, in das man sich auch erst einmal gründlich einarbeiten muss.

Wie kommt man als „gelernter Kommunalpolitiker“ plötzlich mit verteidigungspolitischen Fragen klar?

Ich war an außen- und sicherheitspolitischen Fragen eigentlich immer schon interessiert, aber nicht so sehr an der Verteidigungspolitik. Ein Stück Verantwortung für die Frauen und Männer bei der Bundeswehr zu übernehmen

DAS GESPRÄCH

men, das war für mich neu. Ich habe aber schnell gemerkt, dass das ein spannendes Feld ist, weil sich die Politik durch die Auslandseinsätze der Bundeswehr gravierend verändert hatte. In diesem Wandel lagen auch Chancen für einen Abgeordneten. Ich denke, dass ich sie auch wahrgenommen habe. Ich habe das nicht gemacht, um Karriere zu machen. Ich habe das Feld Sicherheitspolitik zu meiner Sache gemacht, und das bedeutet mir heute auch was.

Spielt denn die Bundesrepublik mit den zahlreichen Auslandseinsätzen der Bundeswehr die richtige Rolle im weltweiten Konzert?

Wir sind das drittstärkste Wirtschaftsland der Welt. Wir haben ein hohes Interesse, internationale Prozesse in den internationalen Organisationen mitzugestalten. Dazu gehört dann auch, dass man nicht immer nur weiß, wie es richtig und besser geht, sondern dass man dort, wo es notwendig ist, auch Verantwortung übernimmt. Messlatte sind für uns natürlich nicht die Vereinigten Staaten, sondern eher die europäischen Mittel-



„Rot-Schwarz ist kein Projekt, sondern eine Lösung, zu der uns der Wähler gezwungen hat“, so charakterisiert der SPD-Bundestagsabgeordnete Rainer Arnold im Interview mit Redaktionsleiter Norbert J. Leven (links) die Große Koalition in Berlin. Foto: Tim Höhn

mächte wie Frankreich, Großbritannien und vielleicht noch Italien. In dieser Einordnung hat Deutschland seinen Platz eingenommen.

Gibt es für Sie eine Grenze bei Auslandseinsätzen, wo Sie sagen würden: Da gehen wir bitte nicht hin?

Diese Frage kann man nicht abstrakt diskutieren. Ich habe aber, positiv formuliert, für mich Maßstäbe, wann wir Soldaten in einen Einsatz schicken. Wir haben ethische Verantwortung, wir haben deutsche Interessen – Stabilitätsinteressen vor allen Dingen –, wir fragen, ob die Bundeswehr dies noch leisten kann, und am Ende muss hinter einem Einsatz auch eine Konzeption stecken, die politisch und operativ Erfolgchancen hat sowie kalkulierbare Risiken mit sich bringt. Wenn diese Fragen nicht mit Ja zu beantworten sind, können wir auch keine Soldaten in einen Einsatz schicken.

Das heißt also: Beim Irak-Einsatz nicht mitzumachen, was aus heutiger Sicht immer noch die richtige Entscheidung?

Es hat sich auf dramatische Art und Weise bestätigt, dass wir damals richtig gehandelt haben.

Sie waren unter rot-grüner Regierung Abgeordneter und erleben derzeit Schwarz-Rot. Was macht Schwarz-Rot besser als Rot-Grün?

Rot-Grün war auch emotional für viele Abgeordnete – auf beiden Seiten – ein Projekt, endlich einen Wandel in der Gesellschaft hinzubekommen, aus dem Kohl'schen Reformstau kommend endlich die notwendigen Sozialreformen zu machen und eine nachhaltige Wende auf dem Energiesektor hinzubekommen. Rot-Schwarz ist kein Projekt, sondern eine Lösung, zu der uns der Wähler gezwungen hat. Die Dinge werden sehr prag-

matisch abgehandelt. Dies hat aber auch gelegentlich einen Vorteil, wie man bei der Behandlung der Finanzmarktkrise aktuell gesehen hat.

Für die SPD ist es in den zurückliegenden Jahren ja auch wegen interner Machtkämpfe nicht einfacher gewesen. Kommt Ihnen Ihre Partei nicht manchmal ein bisschen fremd vor?

Meine eigene Partei kommt mir nicht fremd vor! Ich bin in der Sozialdemokratie daheim, und so fühle ich mich auch. Aber: Wir haben durch die nicht immer einfachen Sozialreformen natürlich bei manchen Leuten Vertrauen verloren. Wir haben aber die Reformen nicht gemacht, um Menschen zu ärgern, sondern es ging darum, Sozialversicherungssysteme so zu stabilisieren, dass die jungen Leute, die einbezahlen und ihre Lebensplanung machen, darauf vertrauen können, dass sie später davon auch profitieren. Darum ging's im Kern. Ich glaube, meine Partei hat in den vergangenen Monaten zu sehr nach hinten und rückwärts diskutiert. Wir müssen über das reden und notfalls streiten, was in der Zukunft getan werden muss für unser Land.

Der Trend ist noch nicht gestoppt, dass die Wähler den großen Volksparteien scharenweise davonlaufen. Macht Ihnen das nicht Angst vor dem Wahljahr 2009?

Nachdem wir jetzt personell und inhaltlich für die Zukunft gut aufgestellt sind, habe ich überhaupt keine Angst. Ich sehe aber schon den Zusammenhang, dass die beiden großen Volksparteien handeln müssen, Verantwortung tragen müssen in schwierigen Zeiten. Dass kleine Parteien aus der Oppositionsrolle heraus einfache Antworten geben und leicht Zulauf kriegen – das betrachte ich schon als Problem. Ich bin aber optimistisch, dass wir eine gute Chance haben, Vertrauen zurückzu-

gewinnen, weil niemand ernsthaft glaubt, dass es die kleinen Parteien besser können.

Die Landesliste für die nächste Bundestagswahl ist noch nicht aufgestellt. Was denken Sie, für den Fall, dass Sie erneut antreten, welcher Platz Ihnen da zugestanden wird?

Ich werde bei der Nominierungsversammlung Ende November wieder kandidieren. In der Frage der Landesliste bin ich nicht eitel, aber ich denke, meine Arbeit als verteidigungspolitischer Sprecher findet Anerkennung. Deshalb muss es auf der Landesliste eine Orientierung nach weiter oben geben.

Gibt es einen Plan B?

Nein, ich habe gar keine Zeit für einen Plan B. Ich habe aber einen Auflösungsvertrag mit meinem alten Arbeitgeber. Die Vhs Stuttgart müsste mich wieder zurücknehmen.

Reichen zehn Jahre Erfahrung im Bundestag aus für eine Diagnose, woran die Demokratie in Deutschland krank?

Ein Problem ist eine sehr aufgefächerte Gesellschaft mit sehr individuellen Lebensentwürfen. Das ist zunächst einmal etwas Positives. Wenn allerdings viele Leute für sich in Anspruch nehmen, sie seien das Volk, dann habe ich als Politiker ein Problem. Das zweite ist, dass die Welt insgesamt unübersichtlich geworden ist, dass die Ängste um Arbeitsplatz und Zukunftssicherung auch bei der Mittelschicht angekommen sind. Das Dritte ist, dass es zu viele Menschen in Deutschland gibt, die Politik und Gesellschaft insgesamt von der Zuschauertribüne aus betrachten und meinen, es sei in der Demokratie damit getan, wenn sie Haltungsnoten vergeben. Demokratie verlangt aber Menschen, die sich einmischen und einbringen. Davon brauchen wir mehr.

Unsere Chancen mit Steinmeier

Es ist noch nicht lange her, da setzten führende Meinungsmacher aus Politik und Wirtschaft allein auf die Kräfte des globalisierten Marktes. Wer im Interesse der Menschen nur Bedenken an diesem Marktradikalismus trug, wurde als rückwärtsgewandt abgekanzelt.

Heute erleben wir geradezu eine Kehrtwende dessen — und eine Bestätigung unserer Politik! Wir spüren, wie es mehr denn je wieder um Gerechtigkeit, um Sicherheit, um politisches Handeln geht. Denn die letzten Monate haben gezeigt, die globalisierte Welt braucht politische Gestaltungskraft.

Gute Politik ist gefragt. Politik, die die Höhe der Löhne nicht der Willkür überlässt. Die nicht darauf baut, dass eine gute Wirtschaft von alleine den Menschen mehr soziale Gerechtigkeit und Wohlstand verleiht. Die Klimaschutz selbst in die Hand nimmt. Eine Politik die wir vertreten, wir, die Sozialdemokratie.

Es kommt auf uns an. Wir haben es in der Hand, den Menschen zu zeigen, dass wir nicht nur die richtigen Antworten auf die Anforderungen unserer Zeit geben, sondern auch, dass wir willens und in der Lage sind für unser Land Verantwortung zu tragen.

Ja, wir haben Auseinandersetzungen, Entscheidungen gehabt, die dem Ansehen der Partei geschadet haben. Wenn wir nun aber den Menschen zeigen, dass diese Auseinandersetzungen vergangen und nicht weiter Teil der SPD sind, fassen die Menschen wieder Vertrauen. Nicht das was gewesen ist, entscheidet über den Ausgang der Bundestagswahl.

Das Wichtigste aber ist: Wir müssen selbst dieses Vertrauen haben. Wir müssen selbst Vertrauen in unsere Fähigkeiten und in unsere Politik haben. Dass wir bei dieser Wahl, was immer auch die Umfragen heute für ein Bild zeichnen, überzeugend auf Sieg setzen.

Erinnert ihr euch noch? 2005 lag die CDU in Umfragen bis zuletzt zehn bis 15 Prozentpunkte vor der SPD und doch ging die Wahl völlig anders aus. Nur noch einen einzigen Sitz hat die Union heute mehr im Bundestag als die SPD!

Umfragen sagen uns eben nicht Wahlausgänge voraus, das sollten wir uns bewusst machen, egal wie viel der SPD zugeschrieben wird. Wir sollten uns ins Gedächtnis rufen, was unsere Stärken sind: Wir können in Wahlkämpfen überzeugen! Das haben wir 1998, 2002 und letztlich auch 2005 bewiesen.

Unsere Gegner wissen das. Ihnen ist klar, dass wir mit Frank-Walter Steinmeier einen Spitzenkandidaten haben, der nicht nur das Zeug zum Kanzler hat, sondern dem die Menschen diese Aufgabe auch zutrauen. Und sie wissen, dass wir mit Franz Müntefering einen erfahrenen Wahlkämpfer an der Spitze haben, der die SPD 2009 wieder zurück ins Kanzleramt bringen kann. Lasst euch sagen: Unsere Gegner nehmen uns sehr ernst, weil sie unsere Stärken nur zu gut kennen.

Unsere Chance, mit Frank-Walter Steinmeier den vierten sozialdemokratischen Bundeskanzler im nächsten Herbst zu stellen, ist groß. Lasst uns gemeinsam auf diesen Erfolg hinarbeiten. Mit all unserer Kraft, unserem Mut und unserem gemeinsamen entschlossenen Engagement.



Reformen diskutieren und transportieren



Karin Evers-Meyer und Kurt Beck zu Gast im Bürgertreff. Rainer Arnold in der Arbeitsagentur Kirchheim.

Beck und Vogt im Bürgertreff

Kurt Beck, damals noch Parteivorsitzender, wollte sich selbst von dem vielfältigen Angebot und bürgerschaftlichen Engagement im Nürtinger Bürgertreff überzeugen und war nach seinem Besuch beeindruckt. Gemeinsam mit unserer Landesvorsitzenden Ute Vogt erhielten wir einen guten Eindruck von der Arbeit des Bürgertreffs. Zuvor blieb für Kurt Beck noch genügend Zeit, sich ins Goldene Buch der Stadt Nürtingen einzutragen.

Behindertenbeauftragte Karin Evers-Meyer im Wahlkreis

Im Oktober 2007 kam die Beauftragte der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen, Karin Evers-Meyer MdB, in meinen Wahlkreis. Nach einem Besuch im Landratsamt besichtigte sie die Werkstätten Esslingen-Kirchheim in Kirchheim und diskutierte mit Interessensvertretern behinderter Menschen im Café Regenbogen, einem Behindertenprojekt, in Nürtingen.

Zentrales Anliegen Evers-Meyer: Weg von der Politik der Fürsorge und hin zu einer Politik der Integration behinderter Menschen in die Gesellschaft. Gute Beispiele konnte sie dafür hier im Landkreis finden.

Mit den Arbeitsagenturen im regelmäßigen Austausch

Regelmäßig einmal im Jahr suche ich das Gespräch mit den Arbeitsagenturen, die für den Wahlkreis zuständig sind. Das sind die Agenturen in Böblingen, Kirchheim, Nürtingen und Leinfelden-Echterdingen mit der Außenstelle am Flughafen.

Die Gespräche machen deutlich, wie gut derzeit die Situation auf dem Arbeitsmarkt einerseits hier im Wahlkreis ist. Andererseits wird es für an- und ungelernte Kräfte immer weniger Chancen auf eine Beschäftigung geben. Angesichts der fortschreitenden Rationalisierungen wird die Qualifizierung von schlecht ausgebildeten Menschen mehr denn je von großer Bedeutung sein.

Joggen und Apfelkühle

2007 hatte ich die Patenschaft für den Lauftreff Kirchheim übernommen, wo sich Behinderte und Nichtbehinderte zum samstäglichen Jogging treffen. Die Sieger des Ehrenamtspreises wurden von mir an einem Samstag im Februar 2007 nach geleisteter sportlicher Aktivität mit am Ort selbst zubereiteten Apfelkühle belohnt.

Stippvisite bei Nürtinger Firmen

MdB Arnold und MdL Dr. Schmid auf Firmen-Aktionswoche

NÜRTINGEN (pm). 99 Prozent aller Firmen sind kleine und mittlere Unternehmen; 78 Prozent aller Beschäftigten arbeiten dort, bei den Auszubildenden sind es sogar 80 Prozent. Die Stärkung des Mittelstandes steht deshalb für den Nürtinger Bundestagsabgeordneten Rainer Arnold (SPD) ganz oben auf der Agenda. Für Arnold gehört dazu freilich auch der regelmäßige Kontakt mit den Firmen vor Ort. Rund 20 Unternehmen des Wahlkreises hat er kürzlich in einer Firmen-Aktionswoche einen Besuch abgestattet.

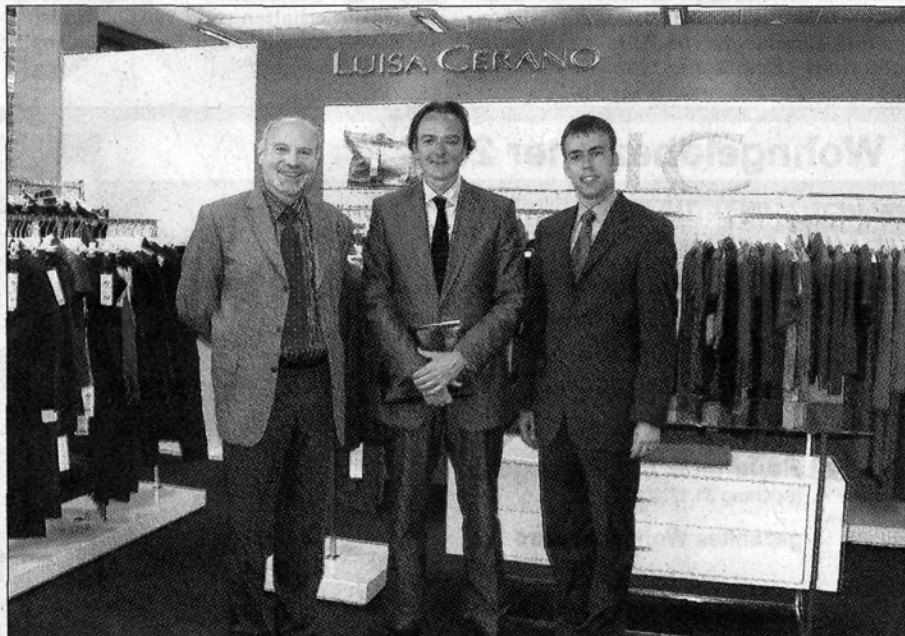
Gemeinsam mit seinem Kollegen aus dem baden-württembergischen Landtag, Dr. Nils Schmid, war er mit zahlreichen Unternehmen in Nürtingen und Umgebung im Gespräch. Der Bundestagsabgeordnete aus Wolschlugen versteht sich als „Transmissionsriemen“, der zwischen Politik und Entscheidungsträgern in Berlin und den Wirtschaftsvertretern vor Ort wichtiges Bindeglied ist: „Die Meldungen vom Arbeitsmarkt und aus der Wirtschaft in den letzten Monaten waren stets positiv, das heißt aber keineswegs, dass Gespräche vor Ort nicht notwendig sind und alles in bester Ordnung ist.“

In seiner Firmen-Aktionswoche haben Rainer Arnold und Dr. Nils Schmid sich auf eher kleine und mittlere, deshalb aber nicht weniger interessante Unternehmen konzentriert. Ein gutes Beispiel sei die Fir-

ma Schober Solar- und Umwelttechnik in Oberboihingen: „Ein interessanter Handwerksbetrieb, der sich auf Umwelttechnik im Heiz- und Sanitärbereich konzentriert hat. Firmen wie diese machen deutlich, wie sehr das Handwerk vor Ort vom Umbau der Energieversorgung profitiert.“

Beeindruckt zeigten sich Arnold und Schmid auch von dem Nürtinger Traditionsunternehmen Hauber, das sich mit der Marke „Luisa Cerano“ in der internationalen Modebranche einen Namen gemacht hat. „Luisa Cerano“ mache mittlerweile zwei Drittel des Umsatzes aus. Hauber habe in den letzten zehn Jahren einen geradezu rasanten Aufstieg in der Modebranche geschafft, sagte Arnold.

Nicht internationales Flair, sondern bürgerschaftliches Engagement stand bei der Stippvisite in Unterensingen auf der Agenda. Arnold und Schmid besichtigten den als Genossenschaft geführten Einkaufsmarkt Komm-In in der Ortsmitte. Seit der Gründung 2005 erwarten die Betreiber für dieses Jahr erstmals das Erreichen der Gewinnzone; ein ganz entscheidender Schritt für eine langfristige Sicherstellung der Nahversorgung. – Die ICT AG in Kohlberg ist mit ihren multimedialen Präsentationssystemen für Messen und Events Marktführer. „ICT ist mit der Hand am Puls des Weltmarktes“, zeigte sich Arnold beeindruckt von der Firma, die sich in der schnelllebigsten Branche gut positioniert hat.



Beeindruckt vom Erfolg von „Luisa Cerano“: die Abgeordneten Rainer Arnold (links) und Dr. Nils Schmid (rechts) mit Walter Michael Leuthe von der Nürtinger Traditionsfirma Hauber. pm



Mit Sabine Fohler und Nils Schmid bei Firmen vor Ort: Rübezahl, Hilite und Legio (v. links).

Diskussionsabend Rente mit 67

Gemeinsam mit dem Ortsverein Kirchheim habe ich die für manche sehr wohl umstrittene Rente mit 67 im Juli 2007 erneut in einer öffentlichen Veranstaltung zusammen mit Vertretern der Jusos und des VDK diskutiert.

Ich will mich auch bei unbequemen Themen nicht wegducken. Vielmehr möchte ich deutlich machen, dass ältere Menschen in Zukunft in Gesellschaft und Wirtschaft mehr denn je gebraucht werden und die Rente mit 67 genauso wie die „Initiative 50 plus“ ein Baustein ist, um angemessen auf die Veränderungen in der Gesellschaft zu reagieren.

Gespräche mit Betriebs- und Personalräten

Auch hier ist mir das Gespräch und der kontinuierliche Austausch wichtig und das gilt genauso, wenn es nicht um das Verkünden von frohen Botschaften geht. Wer Ansprechpartner sein will, der muss auch bei den unbequemen Gesprächen zur Verfügung stehen.

Deshalb habe ich auch Anfang 2007 in vielen Betrieben Gespräche zur Rente ab 67 geführt und oftmals die Erfahrung gemacht, dass das direkte Gespräch immer noch der beste Weg ist, Positionen auszutauschen, unterschiedliche Standpunkte zu diskutieren und konstruktiv, auch über Meinungsverschiedenheiten hinweg miteinander umzugehen.

Stippvisiten bei Firmen im Wahlkreis

Firmen besuche ich über die ganze Legislaturperiode hinweg. Beispielhaft habe ich euch hier jene aufgeführt, die ich von Juli-Oktober dieses Jahres, oft gemeinsam mit meinen Kollegen aus dem Landtag, besucht habe. 99 Prozent aller Firmen sind kleine und mittlere Unternehmen; 78 Prozent aller Beschäftigten arbeiten hier, bei den Auszubildenden sind es sogar 80 Prozent. Die Stärkung des Mittelstandes steht deshalb für mich ganz oben. Dafür ist es wichtig, die Firmen vor Ort gut zu kennen und ein offenes Ohr für deren Anliegen zu haben.

Firmenbesuche seit Juli 2008 im Überblick

Schober Solar- & Umwelttechnik, Oberboihingen
Hauber Gruppe, Nürtingen
Komm-In Markt, Unterensingen
ICT AG, Kohlberg
Legio, Walddorfhäslach
Hilite, Nürtingen
Daiber Werbetechnik, Kirchheim
Dannemann Omnibus, Kirchheim
Dietz GmbH, Lenningen-Schopfloch
Leuze Technik, Owen
Käserei Ziegelhütte, Bissingen
Pferdeklinik, Kirchheim
Schempp Hirth Flugzeugbau, Kirchheim
Frauennetzwerk Unternehmerinnen, Kirchheim
AMK Antriebs- und Systemtechnik, Kirchheim
Rübezahl Schokoladenfabrik, Dettingen
Cor AG Insurance Technologies, L-E
Pago, Aichtal
Danaher Motion GmbH, Wolfschlugen
Aldi, Aichtal
Putzmeister, Aichtal

Klimaschutz ist keine Nebensache



*Mit Sigmar Gabriel und Michael Müller kam die Führungsspitze des Umweltministeriums in den Wahlkreis.
Bild rechts: Themenabende mit Diskussion und Filmbeitrag wie hier in Dettingen habe ich verstärkt organisiert.*

Umweltminister Sigmar Gabriel in Filderstadt und Kirchheim

Sitzplätze waren lange bevor Sigmar Gabriel das Wort ergriff in der Filharmonie rar geworden. Über 300 Gäste drängten sich im September 2008 in den Saal und erwarteten mit Spannung den Auftritt des Bundesumweltministers zum Thema zukünftige Energieversorgung. Gabriel wischte jegliche Zweifel beiseite, dass eine Energieversorgung, die auf Effizienz und erneuerbare Energien setzt, nicht funktionieren könnte. Gleichwohl sei es ein enormer ökonomischer Kraftakt, die Energieversorgung nachhaltig zu gestalten und eine wachsende Weltbevölkerung am industriellen Wohlstand teilhaben zu lassen.

Für mich besonders erfreulich ist, dass ich Sigmar Gabriel auch im kommenden Jahr wieder im Wahlkreis begrüßen darf. Am 26.02.2009 werden wir gemeinsam die Firma NuCellSys besuchen.

Parl. Staatssekretär Michael Müller zu Gast

Für eine weitere wichtige Veranstaltung in der Rubrik „Fraktion vor Ort“ konnte ich im Januar 2008 Michael Müller, parlamentarischer Staatssekretär im Bundesumweltministerium, in Filderstadt begrüßen. Zu seinem Vortrag über den

Klimawandel kamen über 160 Interessierte in die Filharmonie. Im Anschluss zeigten wir Al Gores Dokufilm „**Eine unbequeme Wahrheit**“, der sicher den ein oder anderen Gast zusätzlich in die Halle geführt hat.

Diskussionsrunde mit Experten

Al Gores Dokufilm lief zuvor, mit ebenfalls großem Erfolg im Dezember 2007 in Dettingen. Im Anschluss diskutierte ich gemeinsam mit lokalen Experten über notwendige Klimaschutzmaßnahmen vor gut 80 Gästen.

Themenabend nachhaltige Landwirtschaft

Gentechnik, regionale Produkte und gesunde Lebensmittel beschäftigen die Menschen hier im Wahlkreis in besonderem Maße. Unter dem Titel „Aspekte nachhaltiger Landwirtschaft“ habe ich im Mai 2007 gemeinsam mit meiner Kollegin, der Verbraucherschutzexpertin und Offenburger MdB **Elvira Drobinski-Weiß**, dieses Thema aufgegriffen und einen sehr erfolgreichen Diskussionsabend veranstaltet. Im Vorfeld wurde der Film „**We feed the World**“ gezeigt. Der Veranstaltungsort war passend zum Thema: im ehemaligen „Bullenstall“ auf dem Biohof Alber in Aichtal. Das Konzept kam gut an. 130 Gäste waren der Einladung gefolgt.

„Der Mensch kommt zu kurz“

Bundestagsabgeordneter Rainer Arnold wurde mit Klageliedern aus dem Pflegealltag konfrontiert

NÜRTINGEN (pm). „Ich komme nicht zum Reden, sondern zum Hören“, sagte Rainer Arnold immer, als er kürzlich mit Pflegefachleuten am Tisch saß. Der Bundestagsabgeordnete tourte quer durch den Wahlkreis und besuchte in einer Woche private und öffentliche Pflegeheime, eine Zertifizierungsfirma und ambulante Einrichtungen.

In Berlin steht die Reform der Pflegeversicherung an. Und bevor die Änderungen in Gesetz gegossen werden sollen, informierte Rainer Arnold sich über die Situation vor Ort und nahm Anregungen und Kritik über das neue Gesetzeswerk gerne mit auf den Weg in die Hauptstadt.

In Nürtingen sprach er mit Vertretern der Diakonie-Sozialstation über die Situation der ambulanten Pflege. Vom Fach ist der Verteidigungspolitiker nicht, „Anspruchspartner bin ich freilich schon“, sagte Arnold und sicherte gegenüber den Mitarbeitern der Diakonie zu, ihre Anregungen und Kritik den zuständigen Fachpolitikern in Berlin weiterzugeben.

So gaben die Diakonie-Geschäftsführer Jochen Schnizler (Nürtingen) und Manfred Braun (Wendlingen) sowie Barbara Kromer (Pflegedienstleistung) und Brigitte Haupt (Einsatzleitung Nachbarschaftshilfe) Auskunft über Schwierigkeiten und Herausforderungen in ihrer Arbeit der ambulanten Pflege. Schriftverkehr und Vorschrif-

ten, die zu erfüllen seien, hätten in den letzten Jahren immer mehr zugenommen. „Der Mensch kommt zu kurz“, klagten sie, oftmals auch, weil von Trägern versucht werde, Kosten so gering wie möglich zu halten.

Insofern begrüßten die Vertreter der Diakonie die Leistungsverbesserungen, die die Reform in Aussicht stellt. Ziel sei es, besonders den ambulanten Bereich zu stärken, ohne den stationären zu vernachlässigen. So sollen die Beträge der ambulanten Sachleistung und das Pflegegeld stufenweise angehoben werden, sagte Arnold.

Positiv bewertete die Diakonie auch den Ausbau des Anspruchs auf Tages- und Nachtpflege. Neben dem Anspruch auf Tages- und Nachtpflege bestehe künftig noch ein hälftiger Anspruch auf die jeweilige ambulante Pflegesachleistung oder das Pflegegeld. Auch werden die Beträge, so Arnold, für die Tages- und Nachtpflege ebenso schrittweise angehoben.

Auf mehr finanzielle Unterstützung können demenzkranke Menschen und ihre Angehörigen hoffen. Der zusätzliche Leistungsbetrag für Menschen mit erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz steigt auf bis zu 2400 Euro jährlich. Die Vertreter der Diakonie begrüßten diesen deutlichen Anstieg ausdrücklich.

Kritisch betrachteten sie dagegen die geplanten Pflegestützpunkte, deren Aufgabe

es sein soll, wohnortnah die pflegerische Versorgung abzustimmen und die Angehörigen zu vernetzen. „Wie werden Angehörige beraten, wer finanziert die Stützpunkte und wer übernimmt die Trägerschaft?“, fragte Manfred Braun. Mit Sorge verfolgt die Diakonie diesen Aspekt und sieht die Gefahr, die pflegerische Versorgung könnte nicht unabhängig vom Träger der Pflegestützpunkte erfolgen. Um dies aber zu gewährleisten, schlägt Rainer Arnold die Kommunen als Träger vor. „Die Städte und Gemeinden müssen ein eigenes Interesse an einem gut funktionierenden Versorgungsnetz haben, das keinen Anbieter bevorzugt“, sagte er.

In der Kritik der Diakonie steht auch das Vorhaben, künftig Pflegekassen leichter zu ermöglichen, mit Einzelpflegekräften unterschiedlicher Qualifikation Verträge abzuschließen. „Das öffnet den osteuropäischen Pflegekräften Tür und Tor“, sagte Jochen Schnizler – Pflegehilfen aus Polen oder Rumänien stellen besonders bei den hauswirtschaftlichen Leistungen mittlerweile eine ernste Konkurrenz dar und zwingen die Diakonie zum Stellenabbau. „Uns bricht hier Arbeit für fünf Vollzeitstellen weg“, berichtete der Wendlinger Geschäftsführer Braun. Eine Auftragskontinuität sei nicht mehr gegeben, einspringen müssen sie dennoch immer wieder. „Wenn es klemmt, wird die Diakonie angerufen“, sagte Schnizler.

Heiße Eisen, die angefasst werden müssen



Großer Andrang bei Diskussion „Patientenverfügung“ in Nürtingen, Rainer Arnold beim Awo-Heim in L.-E.

Aktionswoche Pflege

Ein weiteres Thema, das uns in dieser Legislaturperiode beschäftigt hat, war die Reform der Pflegeversicherung. Die Leistungen sollten ausgeweitet werden, etwa für Demenzerkrankte, die Pflegesätze angehoben und die ambulante Versorgung gestärkt werden.

Im November 2007 tourte ich quer durch den Wahlkreis und besuchte private und öffentliche Pflegeheime, ambulante Pflegestationen und eine Zertifizierungsfirma. Die Anregungen und Wünsche der Vertreter vor Ort über Reformen wie diese, nehme ich stets mit nach Berlin und gebe sie an die zuständigen Fachpolitiker weiter.

Patientenverfügung – Diskussion mit Fachleuten in Nürtingen und Leinfelden-Echterdingen

„Was ist, wenn ich am Ende meines Lebens nichts mehr sagen kann, bin ich dann hilflos einer Apparatemedizin ausgeliefert?“ Viele Menschen haben diese Befürchtung. Eine Patientenverfügung kann den eigenen Willen dokumentieren. Was es dabei zu beachten gilt, wie bindend eine solche Verfügung für den Arzt ist, das diskutierten wir im November 07 in den Räumen der AOK Nürtingen und im Oktober 08

in der Zehntscheuer in Echterdingen mit Fachleuten aus medizinischer, juristischer und theologischer Sicht.

An beiden Terminen waren zwischen 80-90 interessierte Bürgerinnen und Bürger der Einladung gefolgt. Ich hoffe, dass wir so schnell als möglich nun zu einer Einigung und Abstimmung bei diesem wichtigen Thema kommen, das, wie sich in der Praxis bestätigt hat, so viele Menschen beschäftigt und bei dem ich von Anfang an den Entwurf unterstützt habe, der die Patientenrechte weitestgehend stärkt.

„Fraktion vor Ort“ Gesundheit

Bereits im Dezember 2006 habe ich die Gesundheitspolitik schon einmal zum Thema einer „Fraktion vor Ort“ Veranstaltung gemacht. Gemeinsam mit meinem Konstanzer Kollegen, **Peter Friedrich, MdB**, diskutierten wir in der Filharmonie in Filderstadt unter der Überschrift „Das Gesundheitswesen zukunftsfest machen – Solidarität erhalten.“

Bonmot aus der Diskussion

Zur Überraschung mancher Anwesenden der Veranstaltung zum Thema Gesundheitswesen sind nicht alle Bundestagsabgeordnete privat krankenversichert. Peter Friedrich und Rainer Arnold sind beispielsweise beide in der AOK.

Aus aktuellen Gesprächen weiß ich auch, dass die Zukunft des Gesundheitswesens viele Menschen beschäftigt. Doch wir dürfen nicht vergessen, dass wir durch unsere Regierungsbeteiligung in der großen Koalition schon viel erreichen konnten.

Wir haben die unsägliche Kopfpauschale der CDU verhindert und wir haben ein wichtiges Ziel umsetzen können. Inzwischen ist in Deutschland jeder krankenversichert, auch die 200 000 bis 300 000 Menschen, die bis dato ihre Beiträge nicht mehr bezahlen konnten.

Fachgespräch Krankenhaus

Um auch den aktuellen Entscheidungen im Bereich der Gesundheitspolitik gerecht zu werden, freue ich mich euch an dieser Stelle berichten zu können, dass mein Kollege **Peter Friedrich, MdB** im Dezember 2008 wieder in den Wahlkreis kommen wird und mich als Gesundheitsexperte bei einem Fachgespräch mit der Leitung der Kreiskliniken Esslingen, den Stellvertretern der Ärzte und Pflegekräfte und des Personalrats begleiten wird.

Frieden und Sicherheit im WK ein Thema

Vortragsreihe Afghanistan

Nicht nur in der Öffentlichkeit sondern auch innerparteilich gibt es viel Diskussionsbedarf um den Afghanistaneinsatz der Bundeswehr. Vor allem in diesem Jahr berichtete ich deshalb in vielen Gemeinden über die Situation am Hindu-kusch.

Zum Beispiel gab es bereits Veranstaltungen bei den Jusos im Kreis Esslingen, mit den SPD Ortsvereinen Weil der Stadt, Wolfschlugen, Neckartenzlingen, Aichtal und bei der Bundeswehr in Meßstetten. Die Resonanz der letzten Male zeigt immer wieder, wie sehr der Bundeswehreinsatz die Menschen beschäftigt.

Gegen das Vergessen

Persönlich gefreut habe ich mich besonders über den Besuch von **Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse**, der zu einer Kranzniederlegung zum Gedenken der Opfer der NS-Diktatur an den US-Militärflughafen nach Leinfelden-Echterdingen im März 2006 kam.

Thierse betonte, dass Gedenken auch immer ein Ausdruck dafür sei, sich die menschlichen Werte in der Demokratie bewusst zu machen und auch sorgfältig zu pflegen. Im Anschluss an die Kranzniederlegung sprach er in der Filharmonie über das Thema „Gegen das Vergessen – Werteorientierung in der Demokratie.“



Wolfgang Thierse betonte in seinem Vortrag die Werte der Demokratie (Bilder von Daniela Haussmann).

Bildung: eine gemeinsame Aufgabe



Diskussionen mit Schülern sind mir sehr wichtig, ob im Wahlkreis oder in Berlin (Bilder). Forschungsgelder des Bundes bekommt die Firma Putzmeister (Bild rechts) wie 16 weitere Unternehmen des Wahlkreises.

Europa-Aktionswoche in Schulen

Zu Beginn des Jahres 2007 übernahm Deutschland für ein halbes Jahr die Ratspräsidentschaft in der Europäischen Union (EU). Anlass genug als Botschafter des europäischen Gedankens einen Aktionstag den Schulen im Wahlkreis anzubieten. Wegen der großen Nachfrage wurde aus einem Tag eine ganz Woche. An zwölf Schulen habe ich mit ca. 750 Schülern lebendig und engagiert über die Herausforderungen und Chancen der EU diskutiert. Im Mittelpunkt standen neben der Notwendigkeit einer Verfassungsreform, um auf die Globalisierung und die veränderte Sicherheitslage gemeinsam reagieren zu können, vor allem die Auswirkungen der Erweiterung der EU neben der schwierigen Frage des EU-Beitritts der Türkei.

Forschungsgelder für Firmen

Für insgesamt 22 Projekte in 17 Unternehmen im Wahlkreis wurden vom Bund zusammen fast 5 Millionen Euro zur Förderung bewilligt. Darunter sind neben großen Unternehmen wie z.B. Putzmeister oder Herma auch viele kleine Unternehmen, die gerade in den Bereichen Umwelt und Hightech überzeugen. Durch diese Projektförderung, die eine hohe Priorität in der SPD-Bundestagsfraktion hat, wird nicht nur die

Innovations- und Konkurrenzfähigkeit unserer Region gestärkt, sondern auch ein Beitrag für eine nachhaltige Entwicklung unserer Zukunft geleistet.

Hochschulpolitik im Blick

Im Herbst 2008 hatte ich die Gelegenheit mit meinem Bundestagskollegen Jörg Tauss, hochschulpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, die Hochschule für Wirtschaft und Umwelt in Nürtingen zu besuchen. Auf der Agenda standen neben der Frage nach der Stellung der Fachhochschulen in der Hochschullandschaft die Hochschulfinanzierung und die Studiengebühren.

Bildungsreise für Berliner Mitarbeiter

Nach dem Motto „Stuttgart ist viel schöner als Berlin“ habe ich meinen Berliner Mitarbeitern im Zuge einer kulturellen Entwicklungshilfe unter Beweis gestellt, dass dieses Motto für den Wahlkreis in besonderem Maße gilt. In nur zwei Tagen haben wir von der Mäulesmühle, über die alte Kirche in Neckartailfingen, Stadtführungen in Nürtingen, Waldenbuch und Kirchheim, das Heimatmuseum in Steinenbronn, die Gutenberghöhle, das Naturschutzzentrum in Schopfloch und eine Führung durch die Papierfabrik Scheufelen ein Highlight nach dem nächsten besucht.

Solide Finanzen sind unser Markenzeichen



Finanzpolitik muss nicht schwere Kost sein. Steinbrück begeisterte in Kirchheim, Hendricks in Nürtingen.

Staatssekretärin im Bundesfinanzministerium zu Besuch

2006 bilanzierte **Barbara Hendricks**, Staatssekretärin im Bundesfinanzministerium, in Nürtingen vor Publikum die ersten 100 Tage Finanzpolitik in der Großen Koalition. Sowohl die Notwendigkeit, die Verschuldung der öffentlichen Haushalte zu begrenzen als auch die anstehenden Reformen waren Thema für eine nachhaltige, aber auch gerechte Finanzpolitik.

Die damals von Barbara Hendricks angesprochene Unternehmenssteuerreform ist inzwischen seit Januar 2008 in Kraft, die Abgeltungssteuer folgt im Januar 2009. Die Staatssekretärin hielt damals fest, dass sich trotz der Großen Koalition etwas bewegt. Trotzdem haben wir bei der Erbschaftsreform nur nach zähem Ringen einen Kompromiss gefunden, den wir nicht in allen Punkten befürworten.

Finanzminister Peer Steinbrück in Kirchheim

Im Juli 2008 lauschten rund 300 Bürgerinnen und Bürger unserem Bundesfinanzminister Peer Steinbrück vor dem Rathaus in Kirchheim.

Zentrales Anliegen von Steinbrück war sein Wunsch, in absehbarer Zeit einen ausgeglichenen

Haushalt vorlegen zu können, was seit 1969 keiner Regierung mehr gelungen ist. Wir halten weiter an der Konsolidierung des Staatshaushaltes fest, auch wenn das Ziel, 2011 keine neuen Kredite gegen die Verschuldung aufnehmen zu müssen, nicht mehr zu halten ist.

Fachvortrag Erbschaftssteuer

Auf meine Einladung hin wird im Januar 2009 mein Kollege **Lothar Binding, MdB**, Mitglied im Finanzausschuss des Bundestages, einen Einblick in die Neuregelungen der Erbschaftssteuer geben. Am 14. Januar 2009 sind alle Interessierten herzlich eingeladen. Weitere Details werden noch gesondert bekannt gegeben. Mein Wahlkreisbüro steht für Informationen gerne zur Verfügung.

Aktuelles über den MdB

Gewusst was der Abgeordnete im vergangenen Vierteljahr alles gemacht und geleistet hat, haben seit 2007 all jene, die die Wahlkreisschau erhalten. Diese informiert viermal im Jahr über meine Aktivitäten im Wahlkreis und wird per E-Mail versandt. Bei Interesse meldet euch!

Familienpolitik: die treibende Kraft sind wir

Informationsgespräch Elterngeld

Nachdem der Informationsbedarf über das neue Elterngeld bei vielen Betroffenen sehr hoch ist, wie wir anhand der großen Nachfrage z. B. nach den Elterngeldbroschüren feststellen konnten, habe ich in allen großen Kreisstädten im Juli und September 2007 dazu ein von meinem Wahlkreisbüro organisiertes Beratungsgespräch angeboten.

Moderne Familienpolitik

Zusätzlich plane ich für das kommende Jahr eine große Veranstaltung zum Thema Familienpolitik und freue mich, hierzu Renate Schmidt begrüßen zu können, auf deren Konzept das

erfolgreiche Elterngeld basiert. Gerade in diesem Themenbereich haben wir seit 1998 mit unserem Regierungsantritt viel erreicht. Uns ist es gelungen ein ganzheitliches Konzept für Familien mit Kindern zu erarbeiten und nach und nach umzusetzen, damit Deutschland nicht länger auf der Liste der industriellen Entwicklungsländer in puncto moderner Familienpolitik bleibt.

Hierbei geht es darum, Familien sowohl finanziell, wie auch mit immer besseren Betreuungsangeboten zu unterstützen. Auch in der großen Koalition sind wir hinsichtlich der Familienpolitik die treibende Kraft. Vergessen wir nicht, dass es die SPD war, die das mittlerweile so erfolgreiche Elterngeld schon im Wahlkampf 2005 zum Thema machte.

Diskussion und Feedback mit der Partei

Erhard Eppler in Kirchheim

Im Oktober des vergangenen Jahres wurde auf dem Hamburger Parteitag ein neues Grundsatzerprogramm verabschiedet. Erhard Eppler war im Mai 2007 in Kirchheim zu Gast, um über den damaligen Entwurf des Programms und die von ihm formulierten Alternativen zu diskutieren.

Halbzeitbilanz

Mit einer ganzen Reihe von Veranstaltungen habe ich im Herbst 2007 eine Halbzeitbilanz der Großen Koalition gezogen und Raum für Diskussion geboten. Unter anderem war ich beim OV Bempflingen, Kirchheim, Neckartenzlingen, Waldenbuch und Wolfschlugen zu Gast. Von vielen ist diese vom Wähler bestimmte Konstellation kritisch betrachtet worden. Wir haben es jedoch geschafft, nicht nur wichtige Reformvorhaben um zu setzen, sondern haben diese auch

noch mit sozialdemokratischer Handschrift versehen.

Ortsvereinsarbeit

Bis Anfang des Jahres durch Amélie, nun durch Simone sitzt eine Ansprechpartnerin zur Unterstützung derjenigen Ortsvereine, die personell momentan schwach ausgestattet sind. Ich sehe es als meine Aufgabe an, für eine gute Präsenz im Wahlkreis auch Ressourcen zur Verfügung zu stellen.

Was, Wo, Wann und Wer?

All diese Fragen zu Veranstaltungen rund um die SPD im Kreis Esslingen lassen sich jetzt einfach und bequem im Internet beantworten. Eine Terminseite, die ich für die SPD hier im Landkreis eingerichtet habe, kann über die Hompages des SPD Kreisverbandes und die jedes Abgeordneten der SPD im Kreis eingesehen werden. Auch jeder Ortsverein hat die Möglichkeit hier zentral auf jede Aktivität hinzuweisen.

Engagement für Bürger und Kommunen



Unterwegs im Wahlkreis: am Infostand, bei der Demo gegen den Flughafen ausbau.

Bild rechts: Rainer Arnold unterstützt die Beseitigung von beschränkten Bahnübergängen in Oberboihingen.

Viele Anfragen, Bitten und Anregungen erreichen mich, entweder über mein Wahlkreisbüro oder persönlich bei öffentlichen Terminen.

HARTZ IV

Durch die Agenda 2010 und den damit verbundenen Reformen in der Sozialgesetzgebung kann es leider manchmal zu Härtefällen und menschlichen Schicksalen kommen, die durch eine zuweilen schwierige Kommunikation zwischen zuständiger Behörde und Transferleistungsempfänger einer schnellen und unkomplizierten Problemlösung im Wege stehen.

Es freut mich, wenn ich hier durch eine Hilfestellung aus der Sicht des objektiven Dritten bereits in mehreren Fällen für eine bessere Verständigung zwischen den Parteien sorgen konnte.

Musterung/Einberufung

Immer wieder fragen junge Bürger bei mir in Sachen Einberufung und Musterung an, vor allem dann, wenn diese eine Ausbildung zunächst zu Ende machen möchten. Mit Informationen zur richtigen Vorgehensweise kann in diesen Fällen oft weitergeholfen werden.

Krankenhaus

Das Gesundheitssystem wirkt oftmals wie ein großer Koloss und manchmal überkommt den einen oder der anderen das Gefühl der Schwerfälligkeit. Umso erfreulicher ist es, wenn es mir gelingt, gemeinsam mit einem Patienten und der Krankenhausleitung eines Krankenhauses im Wahlkreis eine unkomplizierte Lösung, die allen Beteiligten nur Vorteile bringt, zu finden und umzusetzen.

Informationshilfen

Oftmals sind es die ganz einfachen Schritte, die weiterhelfen. Vielen Bürgerinnen und Bürgern ist bereits durch eine gezielte Informationsweitergabe zu einem bestimmten Thema umfassend geholfen. In den letzten Jahren wurde ein buntes Potpourri aus Anfragen beantwortet. An-

Danke – „Schwarz auf weiß“

„Sehr geehrter Herr Arnold, herzlichen Dank für Ihre umfassende Antwort. Das hat mir wirklich imponiert.“

„Werter Herr Arnold, wir möchten uns bei Ihnen nochmals herzlich für Ihr persönliches Engagement in der Sache der Wehrpflichtigen bedanken.“

gefangen vom Schornsteinfegergesetz über Informationen zur Breitbandversorgung im ländlichen Raum bis hin zum Erbschaftsrecht reicht diese Palette.

B wie Bundesstraßen

Für den vierspurigen Ausbau der B 313 habe ich mich eingesetzt, damit die benötigten zehn Millionen Euro, die nicht als Ausbau-, sondern nur als Sanierungsmittel im Haushalt standen, freigegeben werden. Inzwischen sind die Bauarbeiten in vollem Gange.

Auch der Betreuungswahlkreis soll an dieser Stelle nicht ausgespart werden. Die B 464 ist bzgl. der Erweiterung bei Holzgerlingen erfreulicherweise nachträglich in den Investitionsrahmenplan 2006 – 2010 aufgenommen worden.

Damit ist ein Baubeginn bis 2010 wahrscheinlicher geworden.

B wie Bahnstrecken

In Oberboihingen werden mit einem nicht unerheblichen Anteil an Bundesmitteln die Bahnübergänge an der viel befahrenen Zugstrecke Tübingen-Stuttgart beseitigt. In Kirchheim ist nun endlich der erste Spatenstich für die S-Bahn-Strecke nach Stuttgart getätigt worden.

Flughafenausbau

Vehement habe ich mich in den vergangenen Monaten gegen den Ausbau des Flughafens eingesetzt. Ich war und bin der Meinung, dass die Fildern nach dem Bau der Messe an ihre Kapazitätsgrenzen gelangt sind.

Kleine statistische Auswertung

831 Termine verzeichnet mein Kalender in den letzten drei Jahren für den Wahlkreis und Besuche bei der Bundeswehr vor Ort.

Individuelle Einzelgespräche mit den Menschen aus der Region kommen trotz meiner Sitzungswochen und Auslandsreisen nicht zu kurz. Viele Anfragen und Probleme können im direkten Gespräch schnell und unkompliziert gelöst werden. Wichtig ist mir, nicht nur in Berlin über die Richtlinien unserer Parteipolitik zu reden, sondern auch an der Basis. Rund 232 Parteiveranstaltungen helfen mir immer wieder unsere Politik in Berlin mit der politischen Meinung im Wahlkreis abzugleichen, zu überprüfen und kritisch zu hinterfragen.

An dieser Stelle ein herzliches Dankeschön für die vielen interessanten und konstruktiven Gespräche, die hoffentlich nicht abreißen werden.

Termine im Wahlkreis	
	2005-2008
Bürgergespräche	147
Firmen und Einrichtungen	143
Bundeswehr	114
Vereine und Feste	195
Parteitermine/-veranstaltungen	232
Termine gesamt	831

„Konsens zwischen Union und SPD ist in der Außenpolitik fragil“

Verteidigungsexperte Arnold zum CDU/CSU-Papier

BERLIN - Den außen- und sicherheitspolitischen Konsens zwischen SPD und Union sieht Rainer Arnold, verteidigungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion und Mitglied im Fraktionsvorstand, durch die Unionsforderung nach einer neuen Sicherheitsstrategie bedroht. Anstatt Raketenabwehrschirme und einen Nationalen Sicherheitsrat zu fordern, müsse die Bundeswehr besser ausgestattet werden, fordert Arnold im Gespräch mit Ansgar Graw.

DIE WELT: Herr Arnold, was halten Sie vom Entwurf der Unionsfraktion für eine neue Sicherheitsstrategie?

Rainer Arnold: Bei dieser sogenannten Sicherheitsstrategie handelt es sich um eine Zusammenschreibung diverser Positionen, die einzelne Unionspolitiker immer wieder mal ins Gespräch gebracht haben. Ich kann darin nichts Neues erkennen - und schon gar keine sinnvollen Anregungen zur Verbesserung der deutschen Sicherheitslage.

Wären mit einem Nationalen Sicherheitsrat, wie ihn die Union fordert, nicht doch schnellere und ressortübergreifende Entscheidungen in der Sicherheitspolitik möglich?

Arnold: Die Einrichtung eines Nationalen Sicherheitsrats würde die bisherige Praxis beenden, zwischen den Ressorts Antworten auf Bedrohungslagen auszubalancieren. Gerade dieses Austarieren, das verschiedene Sichtweisen und Erkenntnisse der einzelnen Ressorts einbezieht, trägt dazu bei, schwere Fehler oder Überreaktionen zu vermeiden. Das ist eine Stärke Deutschlands gegenüber Präsidialsystemen, in denen die Sicherheitspolitik sehr stark zentralisiert ist.

Zum Beispiel in den USA?

Arnold: Das gilt für die USA, aber auch für Frankreich oder andere Präsidialdemokratien. In solchen Ländern trifft ein Präsident schnell

ler Entscheidungen, aber das Risiko, falsch zu reagieren, ist auch entsprechend größer. Zudem habe ich nicht den Eindruck, dass Deutschland in den großen außen- und sicherheitspolitischen Linien unkoordiniert auftritt.

Aber wer ist für Terrorismusbekämpfung zuständig? Der Verteidigungsminister sicher nicht, wenn es um Anschläge im Innern geht, der Innenminister nicht, wenn es um al-Qaida in Afghanistan geht. Innere und äußere Bedrohung sind identisch, argumentiert die Union.

Arnold: Diese These höre ich immer wieder. Aber ich widerspreche ihr. Die These, innere und äußere Sicherheit seien nicht mehr zu trennen, entstand, weil der Anschlag vom 11. September 2001 eine Dimension hatte, wie wir sie bis dahin nur vom Bombenangriff eines feindlichen Landes kannten. Daraus aber zu schlussfolgern, im Kampf gegen den Terror könne man nicht mehr zwischen inneren und äußeren Zuständigkeiten trennen, halte ich schlicht für falsch.

Laut Peter Struck wird Deutschland auch am Hindukusch verteidigt. Ist das nicht ein Beleg aus sozialdemokratischem Mund dafür, dass Sicherheit nur noch vernetzt gedacht werden kann?

Arnold: Natürlich werden unsere Sicherheit und unsere Interessen auch am Hindukusch verteidigt. Aber das, was die Bundeswehr deshalb in Afghanistan tut, ist etwas ganz anderes als das, was wir in der Außen- oder in der Entwicklungspolitik oder in der Innenpolitik tun müssen, um den Herausforderungen zu begegnen.

Die Union tritt zudem für einen Raketenschutzschild ein.

Arnold: Da vertritt die SPD eine völlig andere Linie. Wir sehen keine aktuelle Bedrohung Deutschlands oder Mitteleuropas durch Langstreckenraketen - bislang auch nicht durch den Iran. Im

Übrigen würde die Anbindung Deutschlands an einen solchen Raketenabwehrschirm zwei bis 2,5 Milliarden Euro kosten. Da sehe ich andere Bereiche der Bundeswehr, wo dieses Geld nötiger und besser angelegt wäre.

Zum Beispiel?

Arnold: Zum Beispiel beim Meads-Projekt.

Aber die Realisierbarkeit dieses amerikanisch-deutsch-italienischen Projekts zur Abwehr von Mittelstreckenraketen, Drohnen und Kampffjets wird von Experten bezweifelt. Sie halten an Meads fest?

Arnold: Wir brauchen einen solchen Schutz im Mittelstreckenbereich. Und ich halte die Probleme für lösbar, wenn wir Meads mit entsprechendem Druck voranbringen. Das wäre dann übrigens ein Verteidigungssystem, das wir innerhalb der Nato allen Partnern zur Verfügung stellen könnten, in deren Nähe sich Bedrohungen entwickeln sollten.

Was will die Union aus Ihrer Sicht mit dem Papier erreichen?

Arnold: Was die Union wirklich bezweckt, frage ich mich auch. Denn klar ist doch, dass es in keiner denkbaren Koalition nach der nächsten Bundestagswahl eine Mehrheit für dieses Konzept gäbe.

...weil auch FDP und Grüne dagegen sind. Handelt es sich also nach Ihrer Meinung um reinen Wahlkampf?

Arnold: Wenn es so wäre, hätte ich nichts dagegen, denn es ist doch gut, wenn auch in der Außen- und Sicherheitspolitik für die Wähler Unterschiede sichtbar werden.

Sehen Sie den außenpolitischen Konsens zwischen Union und SPD bröckeln?

Arnold: In der Verantwortung für die Soldatinnen und Soldaten in der Truppe ist der Konsens stabil - in der Außen- und Sicherheitspolitik insgesamt ist der Konsens aber fragil, wie dieses Unionspapier zeigt.

Einsatz für Frieden und Sicherheit



Um die Situation in Afghanistan selbst zu beurteilen, sind Truppenbesuche unerlässlich.

Vor sechs Jahren hat mich meine SPD-Bundestagsfraktion zum ersten Mal zu ihrem Verteidigungspolitischen Sprecher gewählt. Seitdem bin ich mehrfach in meinem Amt bestätigt worden.

In diesen sechs Jahren hat sich viel verändert für uns Fachpolitiker, dabei sind unsere Aufgaben in nichts leichter geworden. Die Auslandseinsätze der Bundeswehr erfreuen sich nach wie vor keiner großen Beliebtheit in der Bevölkerung, viele lehnen die Einsätze pauschal ab, ohne zu fragen, warum die Politik sie für erforderlich hält.

Ausgaben gehen zurück

Mit dem Auseinanderbrechen der Sowjetunion hat sich die sicherheitspolitische Lage in Europa und für Deutschland dramatisch verändert. Am meisten bekam das die Bundeswehr zu spüren: So sank die Zahl der Soldaten in Deutschland von 700.000 auf 340.000, die der Zivilbeschäftigten von über 200.000 auf 140.000 und die Zahl der Mitarbeiter allein in der territorialen Wehrverwaltung von 78.800 auf 56.500. Der Anteil, der für Verteidigungsausgaben in Relation zum Bruttosozialprodukt ausgegeben wird, wurde von 3 % auf 1,5 % halbiert.

Dieser Umbau, im Fachjargon ‚Transformation‘ genannt, hat die Truppe schwer gebeutelt. Auch Baden-Württemberg hat über Kasernenschließungen zu klagen gehabt, die aus betriebswirtschaftlichen Gründen notwendig geworden sind. Dennoch gibt es zu diesem Rationalisierungs- und Modernisierungsprozess keine Alternative.

Eine Armee im Einsatz

Trotz massiver Truppenreduzierung und Personalabbaus wurde die Bundeswehr in den letzten Jahren gefordert wie noch nie: Internationale Konfliktverhütung und Krisenbewältigung auf dem Balkan, Sicherung des Aufbaus in Afghanistan, Wahlabsicherung im Kongo, humanitäre Einsätze nach dem Tsunami in Indonesien oder Absicherung des Waffenstillstandsabkommens zwischen Israel und dem Libanon - die Bundeswehr ist eine Armee im ständigen Einsatz.

Regelmäßige Standortbesuche

Ein Schwerpunkt meiner Arbeit war – wie in den zurückliegenden Jahren auch – die Standortbesuche bei der Truppe. Bislang habe ich es immer geschafft einmal im Jahr alle Standorte im In- und Ausland aufzusuchen. Bei Gesprächen

mit den Soldatinnen und Soldaten und mit dem Zivilpersonal vor Ort erfahre ich, wo der Schuh drückt.

Hier entstehen auch wichtige Initiativen, wie das Programm zur Sanierung der alten Kasernen in Westdeutschland, von dem allein Baden Württemberg mit über 70 Mio. Euro profitieren wird. Das ist gut für die Soldatinnen und Soldaten, deren Unterkünfte mit teilweise maroden Sanitätseinrichtungen saniert werden und das ist gut für die Bauwirtschaft und die Handwerksbetriebe im Ländle.

Aber auch Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die besonders

Bundeswehrfamilien mit ihren häufigen Umzügen schwer belasten, oder die Anerkennung der neuen Bachelor- und Masterstudiengänge als Zurückstellungsgrund für den Wehrdienst, haben ihren Ursprung in den vielen Gesprächen vor Ort.

Der Fall Kurnaz

Als verteidigungspolitischer Sprecher verstehe ich meinen Auftrag aber auch darin, Missstände in der Bundeswehr aufzuklären. Nachdem am 5. Oktober 2006 Murat Kurnaz im STERN behauptete, von zwei deutschen Soldaten misshandelt worden zu sein, nahm sich der Verteidigungsausschuss dieses Vorfalls an. Keine drei

Aus meiner Arbeit als Sicherheitspolitiker

Initiativen

- *Abrüstungsgespräche mit NATO und USA zu Raketenabwehrschild*
- *Stiftung gründen für Radarstrahlenopfer*
- *Neues Wehrpflichtmodell auf freiwilliger Basis*
- *Keine Bundeswehr als Polizeieinsatz im Inneren*
- *Kongress „Für eine Europäische Armee“*
- *Bundeswehr und Kooperationen mit der Wirtschaft (PPP)*

Reisen

- *Europäische Hauptstädte, USA und Kanada, um für Änderung OEF zu werben*
- *Mandatsgebiete: Kosovo, Afghanistan, Serbien, Libanon, Kongo, Dschibuti*
- *Israel für Städtepartnerschaft Esslingen mit Givatayim*

Verteidigungspolitik in den Medien

- *Diskussionsteilnahme in diversen dritten Programmen und auf Phoenix*
- *Gastbeiträge in den Hauptnachrichtensendungen der ARD und des ZDF*
- *Interviews in der überregionalen Presse*
- *Beiträge und Interviews auf allen Hörfunkstationen, vor allem „Deutschlandradio“*

Anträge

- *15 Jahre Auslandseinsatz*
- *Innere Führung stärken*
- *Ungleichbehandlung Ost – West auflösen*
- *Abschaffung von Streumunition*
- *KSK-Kräfteinsatz Transparenz erhöhen*
- *Zentrum für posttraumatische Störungen einrichten*

Der dritte Weg

Bei den Sozialdemokraten gibt es keine eindeutigen Mehrheiten – Die Partei einigt sich womöglich auf ein „Jei“ mit mehr freiwilligem Dienst

Von Rouven Schellenberger

BERLIN. Vielleicht gewinnt am Ende ja Rainer Arnold. Vor Jahren schon hat sich der verteidigungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion ein Modell für die Zukunft der Wehrpflicht ausgedacht. Während die Parteispitze jeden Beschluss der Sozialdemokraten zu diesem Thema vor sich her schob, weil sie einen offenen Kampf zwischen Anhängern und Kritikern des deutschen Modells fürchtet, bastelten Arnold und andere Verteidigungspolitiker an einem Kompromiss. In den kommenden Wochen könnte endlich die Stunde der Fachpolitiker schlagen. Setzen sie sich in der SPD durch, dann wäre das Thema weit über die Koalition hinaus plötzlich ganz oben auf der Agenda.

Direkt nach der Sommerpause, am 20. August, will der SPD-Parteivorstand über die Zukunft der Wehrpflicht beraten. Wie heikel die Angelegenheit ist, zeigt sich daran, dass das Thema im Bremer Entwurf für das neue Grundsatzzprogramm nicht vorkommt. Bis zum Oktober, wenn das Programm in Hamburg verabschiedet werden soll, muss die Parteispitze nun die Weichen stellen.

So unübersichtlich aber sind in der Wehrpflichtfrage die Machtverhältnisse in der Partei, dass eine Kampfabstimmung zwischen Befürwortern und Gegnern wohl nicht in Frage kommt. „Mit einer Abstimmung von 51 gegen 49 Pro-

zent wäre die Debatte nicht beendet“, sagt Arnold. Es scheint als ahne er, dass der Parteivorsitzende das ähnlich sieht: „Ich denke, dass Kurt Beck einen sehr vernünftigen Vorschlag machen wird.“

Tatsächlich ist in Arnolds Modell für jeden etwas dabei. Unter dem Motto „Wehrpflicht weiterentwickeln – Freiwilligkeit stärken“ sollen Wehrdienstleistende nur dann eingezogen werden, wenn sich nicht genügend Freiwillige melden. Wer sich freiwillig zum Dienst meldet, soll dafür auch belohnt werden: mit mehr Geld als bisher und mit einer Perspektive für Beruf oder Studienplatz. Arnold glaubt, dass damit der künftige Bedarf von 30 000 Grundwehrdienstleistenden und 25 000 länger Wehrdienstleistenden gedeckt werden kann. Parallel dazu sollen soziale Dienste attraktiver gemacht werden.

Kaum einer weiß zurzeit, ob das Kompromissmodell in der SPD eine Chance hat. Sollte Beck sich den Vorschlag aber tatsächlich zu eigen machen, dann könnte er damit die traditionellen Lager aufbrechen – und der Partei ein neues Wahlkampfthema verschaffen.

Fast gleich stark dürften Gegner und Befürworter der Wehrpflicht zurzeit sein, mit leichten Vorteilen für die Anhänger des Status quo. Die Größe der beiden Lager lässt sich auch deshalb so schwer einschätzen, weil sich nicht Parteilinke und Konservative gegenüber-

stehen und auch nicht Junge und Alte.

Da gibt es junge konservative Sozialdemokraten, die für die Wehrpflicht eintreten, weil sie sich als Interessenvertreter der Armee verstehen. Es gibt die älteren Linken, für die die Wehrpflichtarmee zum Ausweis des demokratischen Deutschland gehört. Und es gibt die jungen Linken, die mit dem Argument der fehlenden Wehrgerechtigkeit verlangen, die Wehrpflicht abzuschaffen.

Eine Kampfabstimmung dieser Gruppen, sagt ein bekennender Parteilinker, „wäre eine knappe Geschichte“. Womöglich liegt genau darin die Chance für einen dritten Weg. Und womöglich müssen sich auch die Anhänger der Wehrpflicht darauf einlassen. Denn etliche Experten stellen inzwischen hinter den Kulissen in Frage, ob das System eigentlich noch verfassungsgemäß ist. Immer häufiger, so heißt es, erledigten Wehrdienstleistende Aufgaben, die genauso gut auch Zivilisten erfüllen können. Für eine Wehrpflichtarmee könnte dies schnell zum Legitimationsproblem werden.

Andererseits gelten auch die mächtigen Sozialdemokraten Franz Müntefering und Peter Struck als Gegner einer völligen Abschaffung der Wehr-Armee. In Kompromissen allerdings sind die beiden geübt.

Wochen später, am 23. Oktober 2006, waren wir zu der Überzeugung gelangt, dass dieser Wichtig ist mir in diesem Zusammenhang, dass es uns gelungen ist, die Transparenz der Bundeswehreinsätze gegenüber dem Parlament und der Öffentlichkeit nachweislich zu erhöhen. Wir wollen, dass abgeschlossene Bundeswehreinsätze evaluiert und anschließend - wie bei unseren niederländischen Nachbarn - ins Internet gestellt und damit allen zugänglich gemacht werden.

Wehrpflicht mit freiwilligen Elementen

Zwei Initiativen aus den zurückliegenden drei Jahren lagen mir persönlich besonders am Herzen: Es ist uns gelungen, ein tragfähiges Modell eines freiwilligen Wehrdienstes nach dem Vorbild der skandinavischen Länder zu entwickeln. Es sieht vor, die Wehrpflicht im Prinzip beizubehalten, aber freiwillige Elemente mit einzubauen. Dadurch wird der Wehrdienst im Prinzip – wie alle freiwilligen Dienste auch – offen für Männer und Frauen.

Dieses Modell ist von der Parteispitze begrüßt und einstimmig auf dem Bundesparteitag in Hamburg 2007 verabschiedet worden. Wir sind damit die einzige Partei, die ein Konzept für die Weiterentwicklung des Wehrdienstes hat, mit dem wir auch in den Wahlkampf 2009 ziehen werden.

Europäische Armee

Der Hamburger Parteitag der SPD hat darüber hinaus einen Beschluss gefasst, wie ihn bisher keine sozialdemokratische Partei in Europa in ihrem Programm aufgeführt hat. Dort heißt es:

„Europa hat übereinstimmende Sicherheitsinteressen. Wir streben eine gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik an. Dazu müssen auch die Armeen der Mitgliedstaaten enger zusammenwachsen. Langfristig wollen wir eine europäische Armee, deren Einsatz parlamentarisch legitimiert werden muss.“

Diesen Beschluss aufgreifend haben wir im Frühjahr 2008 einen internationalen Kongress zum Thema ‚Europäische Armee‘ durchgeführt, der auch im Ausland große Beachtung gefunden hat.

Kein Einsatz im Inneren

Mitunter sind nicht nur die Gesetze entscheidend, die wir in den Bundestag eingebracht haben, sondern die, die wir verhindert haben. So habe ich mit Erfolg dafür gekämpft, die Pläne unseres Bundesinnenministers, die Bundeswehr auch im Inneren einzusetzen, zu verhindern.



In Eckernförde vor dem Patenschafts-U-Boot der Stadt Kirchheim u. Teck, Bild rechts: in Mazar-i -Sharif

Schäuble will ja nicht nur die Bundeswehr zum Schutz vor Hooligans vor Stadien einsetzen – er will die gesamte Sicherheitsarchitektur der Bundesrepublik verändern. Und dazu gehören eben nicht nur lückenlose Überwachung, Online-durchsuchungen, Rasterfahndungen und Abhörmöglichkeiten, sondern fest drin im Plan ist auch die Bundeswehr. Durch Einführung eines „Quasi-Kriegsfall“ will er das Grundgesetz ändern und der Bundeswehr mit ihren militärischen Mitteln erlauben, auch gegen mögliche Terroristen vorzugehen.

Dies haben wir gestoppt. Wir wollen nicht, dass unsere Armee bei Demonstrationen mit Panzern auf Marktplätzen vorfährt, genauso wenig wie ich mich von Soldaten am Zoll durchsuchen

lassen möchte. Wir haben eine bestens geschulte und ausgebildete Polizei, deren originäre Aufgabe es ist, für die Sicherheit ihrer Bürgerinnen und Bürger zu sorgen. Und wir Sozialdemokraten wollen, dass das so bleibt!

Afghanistan-Ausstellung

Im Januar und März 2009 kommt auf meine Initiative hin gleich zweimal die Afghanistan-Ausstellung des Bundespresseamts in den Wahlkreis — zunächst in Kirchheim im Schloßgymnasium und später in Kooperation mit der VHS Filderstadt in die FILharmonie. Wir hoffen auf viele Besucher, die diese Gelegenheit wahrnehmen, mehr über Land und Leute in Afghanistan zu erfahren.

Ganz nah dran am politischen Berlin

Auch in dieser Wahlperiode nahm die Betreuung von Besuchern aus meinem Wahlkreis wieder einen hohen Stellenwert ein. Schülergruppen, Auszubildende, Vereine, ehrenamtlich engagierte Bürgerinnen und Bürger, Kirchengruppen – aber auch Gäste aus der israelischen Partnerstadt Givatayim, die Liste der Besucher, die ich im Reichstag in Berlin begrüßen konnte, ist lang!

Wieder rund 1.000 Besucher in 2007

Die Besucher möchten sich vor Ort über das Geschehen im Parlament informieren, ihren Abgeordneten zum Gespräch treffen oder einfach nur einen Blick in den Reichstag werfen. Ich habe mich gefreut, im Jahr 2007 wieder rund 1.000 Besucher begrüßen zu können.



Gesprächen mit Besuchern aus dem Wahlkreis räume ich immer viel Zeit ein in Berlin.



Informationsbesuche

Jeder Bundestagsabgeordnete hat die Möglichkeit, maximal 200 Personen pro Jahr über ein Besucherkontingent einzuladen. Diese Plätze ver gebe ich hauptsächlich an Schüler- und Auszubildendengruppen, die dann vom Besucherdienst des Bundestages einen Reisekostenzuschuss erhalten. Vergangenes Jahr konnte ich zusätzlich zu den 200 Besuchern mit Kontingent noch rund 600 Bürgerinnen und Bürger aus dem Wahlkreis zu einem Plenarbesuch oder Vortrag auf der Besuchertribüne des Reichstages begrüßen.

Mehrtägige Informationsfahrten

Besonders engagierten Bürgern kann ich mit Unterstützung des Bundespresseamtes eine mehrtägige Informationsfahrt nach Berlin anbieten. Bei der Auswahl der Teilnehmer geht es vor allem darum, möglichst vielen Menschen, oft an Zielgruppen wie z.B. Jugendlichen orientiert, einen Einblick in das politische Berlin und seine Geschichte zu ermöglichen. Sie bekommen ein randvolles, interessantes politisch und kulturelles Programm in der Bundeshauptstadt geboten. Jedes Jahr kommen so 100 bis 150 Personen nach Berlin.

Führungen durch den Reichstag

Kaum eine Sitzungswoche vergeht, in der ich nicht auch privat Reisende begrüßen und ihnen eine kleine Reichstagsführung anbieten kann, die von meinem Berliner Team kompetent

durchgeführt werden. Dabei erfahren sie einiges über die Arbeit des Parlamentes und die Kunstwerke im Reichstag. Den Gästen aus dem Ländle erspare ich damit auch lange Wartezeiten auf dem Weg zur Kuppel. An die hundert Personen wählten 2007 diesen Weg, den Deutschen Bundestag von innen kennen zu lernen.

Zusätzliche Berlinfahrten

Die hohe Nachfrage nach politischen Bildungsfahrten hat mich in diesem Jahr zu einer Premiere veranlasst. In Zusammenarbeit mit dem Omnibusunternehmen Melchinger habe ich zusätzlich zu den Fahrten des Bundespresseamtes eine Reise nach Berlin angeboten. Die Teilnehmer hatten nicht nur ein touristisches Programm im Angebot, sondern bekamen über die Vermittlung von mir auch die Möglichkeit den Reichstag, das Bundeskanzleramt und das Verteidigungsministerium zu besuchen.

Praktikanteneinsatz

Immer wieder sind junge Menschen zu Praktika sowohl im Berliner Büro als auch im Wahlkreis, vor allem Berlin erfreut sich großer Beliebtheit. Ich sehe es als meine Aufgabe an, jungen Leuten aus dem Wahlkreis die Chance zu geben, den politischen Betrieb ganz konkret kennenzulernen.

